

info.rundertisch@gmail.com
 ✓ Vereins-Vorstand
 Ferdinand-Avenarius-Str. 5
 01277 Dresden

Herrn Carsten Schneider (MdB) Staatsminister beim Bundeskanzler Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland

Willy-Brandt-Straße 1 10557 Berlin

Dresden, 31. Januar 2024

Gerechtigkeit für ostdeutsche Rentnerinnen und Rentner – die Beseitigung noch immer bestehender Gerechtigkeitslücken bei der Überleitung der DDR-Renten- und Versorgungssysteme in bundesdeutsches Recht ist mit dem "Härtefallfonds" nicht erfolgt

Sehr geehrter Herr Staatsminister Schneider,

in Ihrer Antwort auf ein Schreiben des Rechtsunterzeichnenden hatten Sie am 28. Februar 2022 geschrieben, dass Sie beeindruckt seien von seinem Engagement als Sprecher des Runden Tischs der Berufs- und Personengruppen der ehemaligen DDR. Allerdings war das wohl nur eine Art Floskel, denn Sie haben zwar weiterhin geschrieben, dass sich die Bundesregierung des verantwortungsvollen Auftrags bewusst sei und mit Nachdruck an einer Lösung für die Betroffenen arbeiten würde, hatten aber lediglich den "Härtefallfonds" gemeint.

In unserem Gespräch bei Ihrem Auftritt am 1. Mai 2022 in Halle hatten wir Ihnen bereits ganz klar erklärt, dass dieser Härtefallfonds aber in keiner Weise ein Ausgleich für seit Jahrzehnten vorenthaltene Renten- und Versorgungsansprüche sein würde.

Aber im damals mit uns vereinbarten Gespräch im Bundeskanzleramt am 1. Juli 2022 haben Sie dann abermals erklärt, dass Sie den vom Runden Tisch eingeforderten Gerechtigkeitsfonds nicht unterstützen. Selbst unser Hinweis auf die früheren Versprechungen namhafter SPD-Politiker und den von Ihnen selbst unterzeichneten Antrag der SPD-BT-Fraktion (Drucksache 17/6486) sowie auf das SPD-BT-Wahlprogramm vom 24. November 2012 hat Ihre Position nicht verändert.

Nun, über ein Jahr nach der Umsetzung des "verantwortungsvollen Auftrags" mit dem Beschluss zum "Härtefallfonds" hat sich, wie von uns vorausgesagt, eindeutig gezeigt, dass die Angehörigen der DDR-Berufs- und Personengruppen fast vollständig davon ausgeschlossen bleiben. Einige Berufsgruppen wurden ja bereits von vornherein ausgeschlossen. Von den ca. 500.000 Betroffenen der Gruppen haben nach Angaben der HFF-Stifftung lediglich 20.476 einen Antrag gestellt. Per 31.12.23 sind davon nur 14,7 % bewilligt, 85,3 % abgewiesen worden. Lediglich die ca. 3.000 Personen, die aufgrund ihrer früheren Tätigkeiten nur ganz geringe Rentenansprüche erworben haben oder verkürzt gearbeitet haben, erhalten eine Zahlung. Alle anderen gehen leer aus. Soll das die von Ihnen versprochene Vollendung der Einheit auf Augenhöhe sein? Dieser Härtefallfonds beseitigt die bestehenden Ungerechtigkeiten gegenüber den DDR-Berufs- und Personengruppen nicht, schafft nur weitere Unzufriedenheit. Die

DDR-Berufs- und Personengruppen nicht, schafft nur weitere Unzufriedenheit. Die Vertreter der Berufsgruppen- und Personengruppen fordern deshalb weiterhin, dass 
alle Betroffenen eine angemessene einmalige Entschädigung erhalten.

Im Jahr der drei Landtagswahlen, in Sachsen, Thüringen und Brandenburg sowie der Europawahl und der Bundestagswahl 2025 ist es dringender denn je notwendig, die soziale Befriedung herzustellen.

In der Anlage zu unserem Schreiben erhalten Sie unser <u>Grundsatzprogramm "Wofür</u> <u>stehen wir – Unsere Ziele"</u>. Darüber möchten wir gern mit Ihnen direkt sprechen.

Nur die Schaffung eines Gerechtigkeitsfonds ohne Beachtung der Grundsicherungsgrenze und ohne weitere Ausschlusskriterien kann das Unrecht beseitigen.

Deshalb,

sehr geehrter Herr Staatsminister Schneider,

möchten wir abermals um ein direktes Gespräch mit Ihnen bitten. Wir sehen Sie als Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland in der Pflicht, endlich auch die berechtigten Belange der Ostdeutschen zu beachten und sich wirklich für die Vollendung der Deutschen Einheit, auch der sozialen Einheit einzusetzen.

Wir hoffen, dass Sie unserem Anliegen entsprechen und uns zeitnah einen Gesprächstermin anbieten. Dies gebietet der Respekt gegenüber engagierten Bürgern, die sich seit vielen Jahren für Recht und Gerechtigkeit in unserem Land einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen von zwei SPD-Genossen

Dietmar Polster

Didma tohal

Dr. Klaus-Dieter Weißenborn

Ill: Pieter WeißenGom

Vorsitzende

1 Anlage